

Neujahrsansprache

von Oberbürgermeister Dr. Wolfgang G. Müller

zum Neujahrsempfang der Stadt Lahr

am 13. Januar 2007 in der Stadthalle Lahr

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

Politik hat viel Ähnlichkeit mit Eiskunstlaufen.

Man begibt sich zum Beispiel aufs Glatteis, man kann auch ausrutschen und mal auf den Po fallen, man kann aber auch eine Kunst daraus machen. Wie Politik ist auch Eiskunstlaufen die Kunst des gerade noch Möglichen. Eine Drehung mehr, zehn Zentimeter zu weit gesprungen – und es bleibt nicht viel vom schönsten Anlauf. Letztlich – auch dies gibt der Vergleich her – steht der Politiker alleine im Licht, obgleich offensichtlich ist, dass Politik wie Eislaufkunst Teamarbeit ist. Trainer, Choreographen, Betreuer, Masseur auf der einen Seite – Mitarbeiter, Kollegen, Parteifreunde, Abgeordnete oder Räte auf der anderen Seite. Was der Eiskunstläufer letztlich auf der spiegelglatten Oberfläche zeigt, ist zuvor schon durch viele Köpfe gegangen. Und Politik, auch Stadtpolitik, ist wie eine Kür, die vielleicht den einen oder anderen Rittberger enthält, aber ansonsten weniger Akrobatik als vielmehr Stehvermögen, Augenmaß und den Blick für das Ganze erfordert.

Ähnlich wie bei Eiskunstläufern kann man bei Politikern von ihrem Stil reden. Es gibt die Tänzer, die die Schwierigkeiten durch Eleganz überdecken, die Akrobaten, deren Kraft imponiert, es gibt Solisten und Paarläufer. Zum Schluss aber müssen sich alle – Politiker wie Eiskunstläufer – einer Jury stellen. Im Sport ist das recht leicht: Es gibt normalerweise einen festen Satz von Regeln, immer etwas Spielraum für Schiedsrichter und Jury und letztlich kommt ein Ergebnis raus. Man mag es anzweifeln, man mag zu einem anderen Ergebnis kommen – Tatsache ist aber, dass im Sport das Verfahren der Regelauslegung bei der Bewertung garantiert, dass ein Ergebnis zustande kommt.

Hier endet wohl der Vergleich mit der Politik. Denn die Frage, ob es auch in der Politik einen festen Satz von Regeln gibt, lässt einen zögern. Politik ist ja üblicherweise die Suche nach Lösungen für Probleme, die es bis dahin so nicht gab. Ein starrer Regelkanon kann da ja nur behindern, denn fast immer orientieren sich die Regeln an den Problemen der Vergangenheit. Aber: Auf einer etwas abstrakteren Ebene gibt es doch so etwas wie allgemeine Regeln. Gewaltverzicht etwa gehört bei uns dazu, der Respekt vor dem politischen Gegner, der Verzicht auf persönliche Beleidigungen, Verunglimpfungen oder auch die Offenheit und demokratische Legitimation der politischen Verfahren. Die Politologen haben für diese Regeln den Begriff der „politischen Kultur“ geprägt. Politische Kultur – das ist ein weites Feld von Phänomenen in Alltag und Politik, in denen es letztlich immer um eins geht: Entscheidungen zu finden, um Probleme oder Konflikte zu lösen.

Meine Damen und Herren,

nun fing diese Rede so schön an mit dem lyrischen Vergleich zwischen Kunst und Politik und nun droht sie zu einer akademischen Vorlesung zu werden. Bevor Sie mir nun in den Polstern Ihrer Sessel versinken, halten wir lieber an dieser Stelle ein. Ich will nicht abstrakt über die politische Kultur im Allgemeinen reden, sondern konkret über die politische Kultur unserer Stadt. Über die Frage, ob und welche Regeln wir akzeptieren, akzeptieren sollten oder ablehnen. Eine Neujahrsrede ist immer ein Eislauf irgendwo zwischen Kür und Pflicht. Zur Pflicht gehört, dass man sich einmal im Jahr hinstellt und sie hält. Zur Kür gehört, dass man doch etwas freier ist von den üblichen Themen, dass man Grundsätzliches thematisieren kann und Aussagen, die im üblichen politischen Klein-Klein des Jahres kein Podium finden, für die wir vielleicht auch nicht die Mühe finden. Aussagen, die Grundbefindlichkeiten unseres städtischen Gemeinwesens betreffen oder Entwicklungen, die mehr langfristig als aktuell sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

kurz vor Weihnachten habe ich in der Jahresbilanz der Stadtverwaltung ein positives Resümee der Entwicklung unserer Stadt im Jahr 2006 ziehen können. Der Verkauf der

Flächen auf dem Flugplatzareal entwickelt sich gut, haben wir dort feststellen können, die Höhe der privaten Investitionen im Baubereich nimmt zu und unsere eigenen Investitionen im Erziehungs- und Bildungsbereich – echte Zukunftsinvestitionen – können sich auch im interkommunalen Vergleich sehen lassen. Es war eine Bilanz, mit der man gerne vor die Öffentlichkeit tritt. Aber ich habe auch deutlich gemacht, dass dies nicht alleine der Leistung der Stadtverwaltung zuzuschreiben ist, sondern auch einem echten Miteinander in der Stadt.

Lassen Sie mich zu diesem Zweck kurz ein Ereignis aus dem vergangenen Jahr ins Gedächtnis rufen. Wie Sie sicher noch wissen, hat der Gemeinderat vor wenigen Wochen in einer denkbar knappen Entscheidung einer Gedenktafel für Frieda Unger zugestimmt. Eine öffentliche Tafel für eine Kommunistin, die in ihrer politischen Tätigkeit nie einen Hehl daraus gemacht hat, dass sie dem demokratisch-parlamentarischem System der zwanziger Jahre mehr als skeptisch gegenüber stand. Die Entscheidung des Gemeinderats, der eine dreiviertelstündige engagierte und kontroverse Diskussion vorausging, ist mehr als bemerkenswert. Ihr ging nämlich zuvor eine vielmonatige öffentliche Diskussion voraus, Aktivitäten des Stadtarchivs und differenzierte Veröffentlichungen. Am Ende stand das Bild einer Frau, das widerspruchsvoller und irritierender nicht sein konnte.

Diese Beschäftigung der Stadt mit Frieda Unger ist das eigentlich Ungewöhnliche an dem ganzen Vorgang. Es ist so ungewöhnlich, dass auch eine knappe Ablehnung der Tafel nichts daran geändert hätte. Nicht die Tatsache, dass wir nun eine Tafel für Frieda Unger in den öffentlichen Raum anbringen, ist das Entscheidende, sondern die Tatsache, dass sich viele Menschen in der Stadt über Monate hinweg Gedanken gemacht haben über eine der kompliziertesten Epochen der deutschen und städtischen Geschichte, in unserer Stadtgeschichte nachgelesen haben, sich ein begründetes Urteil gebildet haben. Am Ende steht nicht – und kann auch nicht stehen – allgemeine Harmonie, sondern die Einsicht, dass der Sinn der Beschäftigung mit Geschichte nicht darin besteht, Menschen und Ereignisse in Schubladen abzulegen. Sondern dass wir daraus Maßstäbe und Kriterien für unser heutiges Leben ziehen. Keiner der Befürworter einer Tafel für Frieda Unger hat im Gemeinderat dafür argumentiert, weil er die

kommunistischen Absichten oder die Methoden billigte. Aber viele sahen die Chance, die darin liegt, über unangenehme Wahrheiten und Widersprüche zu reden. Frieda Unger bietet, so sehen es heute viele, die Möglichkeit, über existentielle Fragen unseres politischen Gemeinwesens nachzudenken, Fragen, die uns auch heute noch betreffen, wenn wir über die Reichweite politischer Reformen, die Rolle der Gewalt in öffentlichen Auseinandersetzungen oder das Verhältnis von Wirtschaft und Sozialem nachdenken. Und deshalb muss sie eine öffentliche Person bleiben. Hinzugefügt werden soll übrigens, dass auch mir als Sozialdemokraten die Entscheidung nicht leicht gefallen ist. Immerhin hat Frieda Unger auch massiv den damaligen sozialdemokratischen Reichspräsidenten Friedrich Ebert bekämpft, zu dessen Leben und Verdiensten ich im vergangenen Jahr eine Ausstellung in unsere Stadt geholt habe.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

eine kontroverse, diskussions- und streitfreudige Geschichtskultur ist unverzichtbarer Bestandteil einer lebendigen politischen Kultur. Eine politischen Kultur, die den Auseinandersetzungen, wo sie nötig sind, nicht aus dem Weg geht, die Entscheidungen zu treffen vermag – einstimmige ebenso wie Mehrheitsentscheidungen – und die vielfältig ist. Die aus privaten Initiativen besteht, aus Parteien und Verbänden und aus den Organen der kommunalen Selbstverwaltung. All dies haben wir in Lahr und es ist auch nicht zu übersehen, dass die Vielfalt durchaus Qualität hervorbringt. Aber diese politische Kultur wird untergraben. Wenn man etwas genauer hinschaut, ist ein schleichendes Gift unübersehbar, das in die Adern unseres Gemeinwesens getropft wird. Und anders, als es in den vergangenen Monaten von gruselig raunender Seite behauptet wurde, liegt die Gefahr für unsere politische Kultur nicht in einer angeblichen Zensur der lokalen Medien, nicht in angeblicher Gleichschaltung der Gemeinderatsparteien und auch nicht in angeblich undemokratischem Gebaren der Verwaltungsspitze. All dies sind in ihrer Absurdität, aber auch Maßlosigkeit nicht zu übertreffende Behauptungen. In Duktus und Inhalt freilich eifern sie ihrem Vorbild der frühen 30er Jahre durchaus nach und man bräuchte dieser inzwischen sattem bekannten Fundamentalkritik im Prinzip keine Minute dieser Rede widmen, wenn in ihr nicht das genaue Gegenteil von dem verborgen liegen würde, was sie behauptet.

Tatsächlich ist sie nämlich weit entfernt davon, durch Pluralismus und Meinungsvielfalt die lokale Demokratie zu retten. Das unerträgliche Gemisch aus sexistischen Andeutungen, populistischen Vorurteilen und dümmlichen Kommentaren, wie es etwa im Grüselhorn verbreitet wird, ist nicht nur Ausdruck einer grassierenden Politikverdrossenheit, sondern es fördert sie geradezu. Wer ist denn noch bereit, die Risiken eines politischen Ehrenamtes auf sich zu nehmen, wenn Pamphlete, wie sie vergangenes Jahr erschienen, Schule machen würden? Natürlich ist es einfacher, sich wahnhaft irgendwelchen Verschwörungstheorien hinzu geben als sich mühsam in die Materie kommunaler Probleme einzuarbeiten. Und natürlich ist es leichter, anonym irgendwelchen Unsinn zu schreiben als sich in öffentliche Veranstaltungen hinzustellen – und damit auch der Kritik zu stellen.

Und genau dies, meine Damen und Herren, ist der Punkt. Viel haben wir in den vergangenen Jahren den zahlreichen Menschen in unserer Stadt gedankt, die in irgendeiner Form ein Ehrenamt wahrnehmen. Selten denkt man dabei an die Mitglieder des Gemeinderats oder unserer Parteien. Irgendwie scheint die Politikverdrossenheit doch schon so weit um sich gegriffen zu haben, dass es fast schon als unanständig gilt, Politik in Gemeinderat oder Partei zu machen und dafür auch noch gelobt zu werden. Genau dies will ich aber an dieser Stelle tun. Und ich will Ihnen auch sagen warum.

Die Wahrnehmung eines Gemeinderatsmandats kostet viel Arbeit. Wohl wahr, und Zeit zudem. Die rund 250 Euro Aufwandsentschädigung, die ein Gemeinderat bekommt, sind jedenfalls kein Äquivalent für die geleistete Arbeit, die in Sitzungen, bei der Lektüre der umfangreichen Sitzungsunterlagen und für die Fraktion und Partei geleistet werden muss.

Mit dem Amt verbunden ist die politische Gestaltungsmöglichkeit und auch die Genugtuung, wenn man sie umsetzen konnte. Aber nicht immer kann man die Arbeit, die man investiert hat, auch ummünzen in einen politischen Erfolg, manchmal ist der politische Gegner einfach stärker. Das gehört dazu und ist soweit normal. Nicht dies ist es deshalb, weshalb man durchaus auch mal mit einer gewissen Dankbarkeit an die politischen Mandatsträger denken kann. Der eigentliche Punkt ist ein anderer: Wer ein öffentliches Amt innehat und sich öffentlich äußert, der stellt sich und macht sich

angreifbar. Er hat keine Möglichkeit, sich mit seiner Meinung hinter die schützenden Mauern einer Privatsphäre zurückzuziehen. Es ist seine Aufgabe und Pflicht, sich eine Meinung öffentlich zu Dingen zu bilden, die alle etwas angehen. Mit dieser Meinung steht er dann da, unübersehbar und leicht zu treffen. Vom bösen Spott in den Zuschauerreihen über den aggressiven Leserbrief hin zum Kommentar in der Zeitung: Wer sich als Gemeinderat oder politischer Funktionär geäußert hat – eigentlich etwas, wozu man ihn gewählt hat – muss einiges einstecken und braucht ein dickes Fell. Wohl kein Eiskunstläufer, meine Damen und Herren, würde auch nur noch einmal eine Arena betreten, wenn er bei jedem Sturz mit Tomaten beworfen oder mit Hohn und Spott überzogen würde. Zumindest aber würde er keine Rittberger mehr versuchen.

Meine Damen und Herren,

Sie dürfen mir glauben, dass ich es mir mit diesen Sätzen nicht leicht gemacht habe. Zum einen betreffen sie natürlich Selbstverständlichkeiten, zum anderen besteht immer die Gefahr, eine womöglich marginale und vorübergehende Erscheinung erst aufzuwerten. Und natürlich muss immer ein gehöriges Maß an Kritik möglich sein, ohne den Politik nicht möglich ist. Aber die Kritik, die ich meine, ist Öl im politischen Getriebe und nicht Sand.

Und wir müssen alle dafür sorgen, meine Damen und Herren, Alle, das heißt Sie ebenso wie ich, dass der diffamierende und beleidigende Stammtischdiskurs nicht hoffähig wird. Bücher mit Vorurteilen gegen Politiker oder Beamte erzielen heutzutage hohe Auflagen, und wer sie wie der Journalist Jürgen Roth noch garniert mit einer gehörigen Portion Alarmstimmung und Verschwörungstheorie, der darf sich seines Auskommens sicher sein. Deshalb sei es an dieser Stelle ausdrücklich gesagt: Ich danke allen Lehrer Kommunalpolitikerinnen und -politikern, allen Gemeinde- und Ortschaftsräten und allen aktiven Parteimitgliedern dafür, dass sie das mühsame Geschäft der Suche nach dem Kompromiss betreiben. Dass sie sich eine Meinung bilden und diese vertreten. Streitbar, mal impulsiv, mal wohl überlegt. Kurz: Dafür, dass sie sich um unsere Stadt kümmern.

Die Wirklichkeit sieht in unserer Stadt zum Glück noch anders aus, als ich es eben skizziert habe. Ich weiß das und Sie wissen das auch. Aber ich habe mich eben mit diesen Extrembeispielen einer politischen Unkultur beschäftigt, weil ich auch Sie ermuntern möchte, sich damit argumentativ auseinanderzusetzen. Auch städtische Demokratie braucht den bewussten, den aktiven, den aufmerksamen Bürger.

Wirklichkeit in Lahr heißt, dass die langfristig konzipierte und beharrlich fortgeführte Politik dominiert. Ich darf ein paar Beispiele anführen:

Zu Ihnen gehört natürlich in erster Linie die Passagierfluglizenz, die nun endlich vorliegt, wenn auch erst noch limitiert. Sie stellt einen weiteren wichtigen Schritt zur Entwicklung des Flugplatzgeländes dar. Lange haben wir daran gearbeitet, dafür gekämpft und wurden zum Schluss zumindest mit einem weiteren Erfolg belohnt.

Hierzu gehört auch das Fußballspiel gegen Costa Rica im Frühsommer, ein erster ermutigender Auftakt für unsere junge Partnerschaft mit Alajuela. Das Spiel war nicht nur ein Kraftakt aller Beteiligten, sondern brachte uns auch eine überregionale Resonanz. Und es hat ein Stück der Fußballweltmeisterschaft nach Lahr gebracht, den Flair eines einzigartigen Sommers. Und dass nun der erste Schüleraustausch stattgefunden hat, sollte uns in unseren Bemühungen der Partnerschaft über den Atlantik hinweg Mut machen.

Ebenfalls als Resultat langfristiger Bemühungen darf man die aktuellen Entwicklungen am Urteilsplatz betrachten. Hier ist uns nicht nur ein tragfähiger Entwurf für die Neugestaltung gelungen, sondern auch beachtenswert, dass wir Städtebaufördermittel bekommen.

Und schließlich darf ich in diesem Zusammenhang die nun schon seit einer ganzen Reihe von Jahren erfolgreiche Konsolidierung unserer Finanzen erwähnen. Seit 1999 haben wir bereits sieben Millionen Euro an Schulden abgebaut, ohne dass deshalb unsere politische Handlungsfähigkeit gelitten hätte. Weitere vier Millionen Euro haben wir für die Entwicklung des Ostareals am Flughafen angespart.

Die wesentlichen Marken unserer stadtpolitischen Entwicklung basieren auf langfristigen Prozessen. Langfristige Prozesse aber erfordern in der Regel das systematische und kontrollierte Zusammenwirken Vieler, das Miteinander für dasselbe Ziel, das man nicht erreichen kann, wenn es keine Verständigung darüber gibt oder wenn Koordination und Disziplin fehlen. Und auch dies scheint mir eines der wichtigen Themen des abgelaufenen Jahres in Lahr gewesen zu sein, über das durchaus unterschiedliche Ansichten umlaufen, zu dem ich aber an dieser Stelle Grundsätzliches bemerken möchte.

Zunächst: Verwaltungshandeln ist etwas anderes als unternehmerisches Handeln. Nicht etwa deshalb, weil das Gewinnstreben fehlt, sondern vor allem deshalb, weil Verwaltungshandeln hoheitliches Handeln ist. Viele Verwaltungsbeamte, viele Verwaltungsangestellte verfügen kraft ihrer Dienststellung über eine Amtsautorität, die in der Lage ist, in die Rechte anderer einzugreifen. Ob ein Vollzugsbeamter Ihnen ein Knöllchen für falsches Parken gibt, ein Angestellter des Ordnungsamtes eine Konzession erteilt oder verweigert, ein Lehrer ihrem Kind Noten gibt oder eine Beurteilung oder sie im Stadtarchiv einen Antrag stellen müssen, um in alte Akten zu schauen: immer handelt es sich hierbei um ein Handeln, das die persönlichen Rechte der Bürgerinnen und Bürger berührt. Sei es ihr Recht auf Bildung, auf Gewerbeausübung oder auf Archivbenutzung.

Ich weiß, dass Ihnen diese Zusammenhänge bekannt sind, ich wiederhole sie hier aber trotzdem, weil etwas Wesentliches daraus folgt, was in den Diskussionen des vergangenen Jahres immer wieder unterschlagen wurde. Weil nämlich städtische oder auch staatliche Beamte mit einer besonderen Amtsgewalt ausgestattet sind, stellt sich sofort die Frage nach der Kontrolle dieser Gewalt. Unser Grundgesetz ist dort eindeutig: Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus, heißt es dort und das bedeutet: Jeder öffentlich Bedienstete unterliegt einer besonderen Disziplinargewalt. Das hat nichts, aber auch gar nichts mit Bürokratismus zu tun, sondern damit, dass es ein demokratisches Verfahren geben muss, die Amtsgewalt zu kontrollieren.

Wie funktionieren die Mechanismen dieser Kontrolle? Wie wird gewährleistet, dass Amtsgewalt und persönliche Motivation strikt auseinander gehalten werden? Für eine Stadtverwaltung sieht die Gemeindeordnung demokratische Kontrollinstanzen vor, deren Machtbefugnisse sich wiederum selbst gegenseitig beschränken. Dies sind der Gemeinderat und der Oberbürgermeister, beide direkt vom Volk, gewählt, also mit der höchsten Autorisierung und unmittelbarsten Verantwortung ausgestattet, die die Demokratie kennt.

Es darf also nicht sein, dass sich zum Beispiel Bedienstete einer Verwaltung öffentlich gegen die Weisung ihrer Vorgesetzten aussprechen und ihr zuwiderhandeln, nur weil sie der Meinung sind, sie persönlich oder ihre Institution kämen allgemein zu schlecht weg. In diesem Moment sind die Grundsätze korrekten Verwaltungshandelns und der Verwaltungskontrolle außer Kraft gesetzt. Das ist auch dann noch verhängnisvoll, wenn diese Bediensteten glauben, in bester Absicht und sozusagen für das große Allgemeine gehandelt zu haben. In einer Verwaltung müssen die demokratisch legitimierte Instanzen das letzte Wort haben – zumindest solange sie sich an Recht und Gesetz halten. Alles andere wäre etwa so – um noch einmal unseren großen Vergleich zu bemühen – als ändere man mitten in der Kür willkürlich die Regeln. Als schicke man also die Jury vor den schwierigen Passagen der Kür mal eben vor die Tür oder als wechsele man zwischendurch mal kurz die Kufen oder als werfe man Sand auf die Eisbahn. Das wäre sicherlich für den einen oder anderen ganz spaßig, ein Ergebnis kommt dabei aber sicher nicht heraus.

Wenn ich also auf solche Vorkommnisse in der Verwaltung reagiere, dann ausschließlich, weil ich meinen demokratischen Auftrag, eine Verwaltung zum Besten einer Stadt zu führen, sehr ernst nehme. Es ist der Auftrag, den mir Gesetz und Wähler gegeben haben und ich bin fest entschlossen, diesen Auftrag zu erfüllen. Auch er ist wesentlicher Bestandteil unserer politischen Kultur.

So sehr man aber aus verwaltungsrechtlicher Sicht darauf drängen muss, dass es eine straffe Kontrolle der Verwaltung durch die demokratisch legitimierte Organe gibt, ebenso muss man ein Klima des Vertrauens, der Offenheit und Flexibilität fördern. Es ist

nicht immer leicht, all das unter einen Hut zu bringen, aber unerlässlich. Und ich glaube, dass wir dieses Klima in unserer Stadt durchaus feststellen können. Denn bei genauem Hinsehen ist es nicht zu übersehen, dass die Stadtentwicklung der vergangenen 15 Jahre ebenso Resultat von Verwaltungshandeln und Gemeinderatsentscheidungen ist wie sie auch Resultat umfassender demokratischer Prozesse war. Vom Bürgerentscheid über das Fliegen über die Auseinandersetzung um den Rathausplatz bis hin zur Bürgerbeteiligung bei der Urteilsplatzgestaltung zieht sich ein Strang breiter bürgerlicher Teilhabe durch unsere Politik. Es gibt schlichtweg kein substantielles Thema der jüngeren Zeit, welches nicht die Gelegenheit für viele politische Kräfte bot, sich einzubringen. Die Überlegungen zur mittelfristigen Finanzplanung der Stadt, mit ihrer Schwerpunktbildung für Investitionen ein zentrales Steuerungsmittel unserer Politik, werden seit einigen Jahren in intensiven Klausurtagungen des Gemeinderats beraten und mit einem Votum versehen. Agendagruppen gaben in den vergangenen Jahren allen, die guten Willens sind, Gelegenheit, ihre Gestaltungs- und Politikvorstellungen einzubringen. Hinzukommen Bürgerinitiativen, Runde Tische und andere Foren. Demokratie und Mitbestimmung, meine Damen und Herren, ist nicht das marktschreierische Gehabe gegen „die da oben“, sondern ein an Recht und Gesetz orientiertes Verfahren. Nicht die vorgebliche Kompetenz berechtigt Einzelpersonen am politischen Prozess teilzunehmen, sondern ihre Bereitschaft, dies in den rechtlich vorgesehenen Bahnen zu tun.

Diese rechtlichen Bahnen ermöglichen bei uns in Lahr eine große Vielfalt an politischer und gestalterischer Teilhabe. Es ist unsere Aufgabe, diese Vielfalt zu erhalten. Dazu gehört auch eine große Vielfalt in anderen Bereichen, etwa kulturellen. In unserer Stadt leben inzwischen Menschen aus rund 100 Nationen. Es ist unvorstellbar, dass sich ein solches Gemeinwesen darauf beschränken kann, Kultur – wie es in jüngerer Zeit gelegentlich mal Anklang – nur mit Bordmitteln zu bestreiten. So qualitativ gut die Arbeit unserer Musikvereine auch ist, so pädagogisch wertvoll die Tätigkeit der Chöre – wir können es uns am Anfang des 21. Jahrhunderts in einer zunehmend unüberschaubaren Welt nicht leisten, uns auf eine scheinbar überschaubare Heimat zurückzuziehen. Wie brauchen die kulturellen Anregungen von außen, die Gedanken, Inszenierungen, Interpretationen von Künstlern, die nicht aus unserer Stadt kommen, weil wir inzwischen

mit zahlreichen unzertrennbaren Fäden mit dieser Welt verbunden sind. Wir brauchen den aktiven Austausch. Etwas Anderes zu fordern ist nichts anderes als ein vergeblicher Traum von der Harmonie einer autarken Kleinstadt.

Dabei ist es unbestritten, dass das Verhältnis zwischen interner und externer Kultur, um es mal so zu nennen, immer mal wieder ausdiskutiert und auch austariert werden muss.

Über solchen Diskussionen, die schnell ins Grundsätzliche abgleiten, wird dann schnell vergessen, was sich tatsächlich innerhalb eines Jahres in der Stadt ereignet hat. Zu nennen ist da natürlich unsere junge Stiftung Bürger für Lahr, die inzwischen ihr Anfangskapital angelegt hat und sich mitten im Konstituierungsprozess befindet. Aber natürlich – das soll hier hervorgehoben werden – ist auf dem Konto noch Platz und ich bin sicher, das noch viel mehr als die Erststifter ihre Verbundenheit zu unserer Bürgerstiftung entdecken werden. („Werbeblock“: Kontonummer: 77933 bei der Volksbank Lahr und 779 bei der Sparkasse)

Dass oft Einzelne sich finden müssen, damit viele Zusammenwirken können, zeigte sich aber auch an einem ganz andern Vorgang. Dorothea Oldak hat sich einfach entschieden, etwas für den jungen Adrian zu tun und setzte so einen Prozess in Gang, der sicher zum bemerkenswertesten in unserer Stadt im abgelaufenen Jahr gehörte. Dieses Beispiel ist auch deshalb erwähnenswert, weil es zeigt, dass auch der Einzelne viel zu Bewirken vermag, wenn er denn nur anpackt.

Ein zweites Beispiel möchte ich noch kurz anfügen, wohl wissend, dass es noch viel mehr gibt: Aufgrund der Initiative von Erzieherinnen des Hortes der Luisenschule und natürlich des Engagements und der Begeisterung der Kinder schaffte es der Hort im vergangenen Jahr gleich zweimal, ins Rampenlicht zu treten. Sie waren als Anerkennung für die erfolgreiche Teilnahme an einem Wettbewerb der Landesstiftung Gast im Fernsehstudio im „Tigerentenclub“ und kurz darauf gewannen sie im Rahmen eines Umweltwettbewerbs einen Preis von 5000 Euro. Ein großartiger Erfolg engagierter Pädagoginnen und eine ermutigende Auszeichnungen für die Kinder.

Und schließlich darf natürlich eines nicht vergessen werden: unsere Chrysanthema. Sie war – einmal mehr – ein voller Erfolg, aber das alleine würde ihr an dieser Stelle noch

keinen Raum einräumen. Ich möchte aber auf eine Entwicklung hinweisen, die, so meine ich, in diesem Jahr sehr deutlich geworden ist. Immer mehr sprechen die Menschen in der Stadt nun von „unserer“ Chrysanthema. Die Blumenschau ist nun nicht mehr nur Ergebnis eines äußerst erfolgreichen Stadtmarketings, sondern wird immer mehr zum Integrationssymbol in Lahr.

Meine Damen und Herren,

in alten Büchern wird von einer Schnecke berichtet, die eines Frühlingsmorgens des Frühgemüses satt war und einen großen Appetit auf Kirschen verspürte. Also machte sie sich auf den Weg in die Krone eines Kirschbaumes. Die Vögel freilich, die dies beobachteten, fielen vor Lachen fast von den Ästen und riefen: „Du Dummkopf, was willst Du auf dem Baum? Es gibt doch noch gar keine Kirschen dort oben?“ „Bis ich da bin“, sagte da die Schnecke, „sind welche gewachsen.“

Der Fortschritt ist manchmal eine Schnecke. Es sind häufig die kleinen Dinge des Alltags, die eine Veränderung in unserer Stadt in Gang setzen und die wir zunächst gar nicht recht bemerken. Sie erinnern sich sicher noch an das Bild des Schmetterlingsflügelschlages, welches ich im letzten Jahr beim Neujahrsempfang benutzte. Es ging um den Schmetterling, der unwillkürlich auf der anderen Seite des Planeten einen Sturm verursachen konnte. Auch wir wissen oft nicht, welche unserer Handlungen in zwanzig oder dreißig Jahren Veränderungen bewirken wird. Mut, Zuversicht und Vielfalt ist hier ebenso notwendig wie natürlich auch eine Vision. Zu anderen Zeiten wiederum kann es in großen Sprüngen voran gehen und wir haben Mühe zu folgen. Ob es aber um die Konversion und die Grundlagen der Lahrer Wirtschaftsentwicklung geht oder um Hilfe für einen kleinen Jungen, um große kulturelle Events oder ein Vereinsfest – alle diese Prozesse und Ereignisse treffen sich in dem, was man „politische Kultur“ nennen kann. Eine Kultur, die Vielfalt fordern muss und Vielfalt fördern muss, die die Mühen der Ebene ebenso wenig scheut wie das kühne Erstürmen von Gipfeln. Wir haben viele Menschen in der Stadt, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, diese Stadtkultur zu gestalten. Sei es in der Bürgerstiftung, im Gemeinderat, in den Parteien, in den Medien, in den Vereinen. Wir brauchen diese

Vielfalt, denn die Stadt hat noch vielfältige Aufgaben zu lösen. Der Konversionsprozess ist noch nicht zu Ende und besonders der klassische industrielle Sektor wird weiter unter Druck stehen. Die Integration unserer Neubürger und der Migranten in der Stadt ist noch nicht abgeschlossen, ja, vermutlich wird die „Integration“ von neuen Bürgern überhaupt auf Dauer Aufgabe bleiben. Und unseren Weg in einer europäischen Zentralregion am Oberrhein – mit Straßburg als Zentrum – vermögen wir zwar zu erahnen, aber in der Praxis ist es schwieriger zu gehen als wir es uns vielleicht immer einzugestehen wagen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

jede Rede findet mal ihr Ende. So wie jede Kür. Zugegeben, das eine schneller als das andere. Jetzt aber gebe ich die Bühne gerne wieder her, für die Kunst – die bekanntlich frei ist. Damit dieselbe Freiheit letztlich auch in unserer Gesellschaft herrscht, habe ich in den letzten 20 Minuten für die Toleranz gegenüber dem anderen, für gegenseitigen Respekt auch für den politischen Gegner und für die Einsicht gekämpft, dass niemand von uns den Stein der Weisen besitzt, dass wir aber im fairen und geregelten Umgang miteinander am ehesten den Weg in die Zukunft finden. In unser aller Interesse, im Interesse der Stadt Lahr. Darum geht es.